

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns
Stadtbaurat Nikša Marušić

von der Verwaltung

Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Simone Groh
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Torben Müller
Fachbereichsleitung Bürgerangelegenheiten/Öffentl. Sicherheit und Ordnung Ralf Janßen
Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz Ralf Kohlwes
Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz Hermann Kallendrusch
Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz Markus Schmidt
Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz Sebastian Hermes
Fachbereich Feuerwehr Minou Kiani
Fachbereich Feuerwehr Uwe Wiedenhöft
Eigenbetrieb Technische Betriebe Stefan Pallaske
Eigenbetrieb Technische Betriebe Sven-Ole Path

Protokollführer

Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz Jan-Marco Schott

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Jan-Gerd Behrends

beratendes Mitglied Sebastian Seidel

Ausschussmitglied Kristian Stoermer

als Gast

Ratsmitglied Detlef Schön

Erster Vorsitzender des Freizeit- und Gartenvereins Banter See e.V. Wolfgang Kuchler

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 03.02.2021 (öffentlicher Teil)
- 4 Anträge an den Rat
- 4.1 Antrag Ratsherr Tönjes: Sicherstellung von ordnungsgemäßen **560/2020**
Aufstellungsversammlungen zur Kommunal- und Bundestagswahl für Parteien und
Wählergruppen unter Coronabedingungen
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die **18/2021**
Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven
- 5.2 Haushalt 2021 / 2022 – Teilhaushalt 32
- 5.3 Haushalt 2021 / 2022 – Teilhaushalt 36
- 5.4 Haushalt 2021 / 2022 – Teilhaushalt 37
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Kriterien für Baumfällungen im Stadtgebiet (TBW/UNB)
- 6.2 Freizeitgärten am Grodendamm - Altlastensituation und Sanierungserfordernis
- 7 Öffentliche Anhörung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Im Anschluss daran stellte **Frau Kloster** die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Heinemann fragte, weshalb der Punkt 4.1 im ULB beraten werde.

Frau Kloster antwortete, dass die Themen des Fachbereichs 32 auch im ULB beraten würden.

Herr Tönjes sagte, dass der Punkt 9.1 in den öffentlichen Teil gehöre. Es herrsche daran ein großes öffentliches Interesse, daher solle zumindest unter Mitteilungen und Anfragen soweit wie möglich dazu berichtet werden.

Herr Marušić sagte, dass nicht öffentlich vorgetragen werde, da es um Grundstücksbelange privater Dritter gehe. Aus den vorgetragenen Informationen ließen sich auch Rückschlüsse auf Einzelgrundstücke ziehen. Zudem sei der Vorstand des Kleingartenvereins hinzugebeten worden, so könne dieser dann die Mitglieder des Vereins über den Sachstand informieren.

Herr Schön sagte, dass die Punkte, die öffentlich diskutiert werden könnten, auch im öffentlichen Teil vorgetragen werden sollten. Die Thematik gehöre nämlich generell in die Öffentlichkeit.

Herr Dr. Schulte sagte, dass ohnehin keine Nichtöffentlichkeit gegeben sei, wenn der Vorsitzende des Kleingartenvereins bei den Beratungen zu Punkt 9.1 anwesend wäre.

Herr Marušić sagte, dass es dem Ausschuss freistehe, dem Vorschlag der Verwaltung nicht zu folgen.

Herr Heinemann sagte, dass nach seiner Kenntnis sowohl im öffentlichen, als auch im nichtöffentlichen Teil die Ladung von Gästen möglich sei.

Herr Dr. Schulte sagte, es müsse darüber abgestimmt werden, ob im nichtöffentlichen Teil die Anwesenheit eines Gastes gestattet werden solle.

Frau Kloster ließ darüber abstimmen, ob der Punkt 9.1 komplett öffentlich beraten werden solle. Das Ergebnis war eine mehrheitliche Ablehnung. Weiterhin ließ sie darüber abstimmen, ob Teile des Punktes 9.1 bereits im öffentlichen Teil vorgetragen werden sollten. Das Ergebnis der Abstimmung war eine mehrheitliche Zustimmung. Zudem ließ **Frau Kloster** darüber abstimmen, ob der Vertreter des Kleingartenvereins im nichtöffentlichen Teil anwesend sein dürfte. Das Ergebnis war eine mehrheitliche Zustimmung. Die Tagesordnung wurde daraufhin dahingehend geändert, dass der Punkt 6.2 „Freizeitgärten am Grodendamm – Altlastensituation und Sanierungserfordernis – öffentlicher Teil“ zusätzlich aufgenommen wurde. Die so geänderte Tagesordnung wurde anschließend einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 03.02.2021
(öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 03.02.2021 wurde einstimmig genehmigt.

4 Anträge an den Rat

4.1 Antrag Ratsherr Tönjes: Sicherstellung von ordnungsgemäßen Aufstellungsversammlungen zur Kommunal- und Bundestagswahl für Parteien und Wählergruppen unter Coronabedingungen **560/2020**

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Tönjes**. Dieser stellte anschließend den Antrag vor.

Herr Heineman sagte, dass er eine Hilfestellung der Stadt zur Bereitstellung von Räumen befürworte, dies solle allerdings nicht unentgeltlich geschehen.

Herr Dr. Schulte fragte, weshalb die Stadt die Bereitstellung von Räumen bezahlen solle. Für ihn sei es zudem selbstverständlich, dass die Stadt bei der Suche nach geeigneten Räumen behilflich sei. Er sehe daher keine Notwendigkeit für den Antrag.

Herr Schön sagte, er begrüße den Antrag, weil die Stadt in der Corona-Pandemie die einzige Eigentümerin von Liegenschaften sei, in denen auch Aufstellungsversammlungen möglich wären. Er wisse nicht, weshalb eine Gebühr für die Nutzung, abseits von Reinigungskosten oder dergleichen, erhoben werden solle.

Frau Zaage sagte, dass in dem Antrag die Bundestagswahl ausgeklammert werden solle. Zudem sollten für die Nutzung von städtischen Liegenschaften mögliche Umlagekosten von den Parteien und Wählergruppen und nicht von der Stadt getragen werden.

Herr Prof. Dr. Preuß sprach sich ebenfalls dafür aus, die Bundestagswahl nicht mit in den Antrag einzubeziehen. Ebenso lehne er eine Unentgeltlichkeit für die Nutzung der städtischen Liegenschaften ab.

Herr Tönjes sagte, er könne die Forderung zur Bezahlung von Umlagekosten nachvollziehen. Er fragte, weshalb die Stadt Wilhelmshaven nicht auch zur Bundestagswahl Räume zur Verfügung stellen solle. Es werde immer hervorgehoben, dass Wilhelmshaven ein Oberzentrum ist. Daher müsse man auch die Pflichten eines Oberzentrums wahrnehmen.

Frau Kloster unterbrach die Sitzung.

Anschließend brachte **Herrn Heinemann** einen Änderungsantrag für den Antrag 560/2020 ein.

Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV zum Antrag 560/2020

„Die Passagen „...kostenlos...“ und „...Bundestagswahl...“ werden gestrichen.“

Daraufhin ließ **Frau Kloster** über den Änderungsantrag der CDU/WBV abstimmen. Das Ergebnis war eine mehrheitliche Zustimmung. Danach ließ **Frau Kloster** über den so geänderten Antrag abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-
(bei 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt hiermit die Stadtverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, allen Parteien und Wählergruppen die zur Kommunalwahl ~~und/oder zur Bundestagswahl~~ Kandidat*innen aufstellen wollen, eine geeignete Halle oder Raum ~~kostenlos und~~ unter Einhaltung der pandemiebedingten Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Augenblicklich steht unsere freiheitlich demokratische Grundordnung unter besonderer Beobachtung. Die Sicherstellung der gesetzlichen Verpflichtungen für eine Aufstellungsversammlung unter Coronabedingungen stellt alle Parteien und Wählergruppen vor enorme Herausforderungen, die teilweise schon im Vorfeld durch einen entsprechenden Platzbedarf nicht erfüllt werden können. Auch unter Einhaltung der Auflagen entstehen hier schnell Eindrücke, die durchaus als partei- bzw. wählergruppenschädigend betrachtet werden können, vielmehr aber als weltfremde Politik angesehen werden. Der Parteitag der CDU in Wittmund sei hier als Beispiel genannt. Hier ist unserer Meinung nach auch die Kommune in der Verantwortung und kann durch diesen Beschluss in vielerlei Hinsicht das Vertrauen in diese Veranstaltungen und unserer Demokratie wieder herstellen.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und 18/2021 die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven

Frau Kloster stellte die Vorlage vor.

Frau Kloster ließ anschließend über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß §15 Niedersächsisches Rettungsdienstgesetz (NRettDG) ab dem 01.01.2021 zu.

Der Rat der Stadt beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.01.2021.

5.2 Haushalt 2021 / 2022 – Teilhaushalt 32

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Janßen**. Dieser stellte anschließend den Teilhaushalt 32 für die Haushaltsjahre 2021/2022 vor (siehe Anlage).

Herr Harms fragte, ob die Lohnkosten bereits miteinbezogen sind.

Herr Janßen antwortete, dass die Erhöhungen und Planstellen bereits eingeplant wurden.

5.3 Haushalt 2021 / 2022 – Teilhaushalt 36

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Kallendrusch**. Dieser stellte anschließend den Teilhaushalt 36 für die Haushaltsjahre 2021/2022 vor (siehe Anlage).

Herr Harms bat darum, die Präsentation im Ratsinformationssystem zur Verfügung zu stellen.

Frau Zaage bat darum, dass der Stellenplan ebenfalls als Anlage zur Sitzung eingestellt wird.

Herr Marušić sagte dies für den darauffolgenden Tag zu.

Herr Dr. Schulte fragte, weshalb im Produktkatalog das Produkt 55.42.11 „Naturschutz/Umweltverträglichkeit/Wald“ als nicht wesentliches Produkt gekennzeichnet ist.

Herr Marušić antwortete, dass diejenigen Produkte als wesentlich gekennzeichnet seien, in denen viel Geld bewegt werde und daher auch ein erhöhtes finanzielles Risiko bestehe. Die Beträge in dem Produkt seien relativ stabil, so dass es keine erhöhte Bedeutung für den Haushalt habe.

Herr Heinemann fragte, für welche Bereiche die zusätzlich beantragten Stellen eingeplant sind.

Herr Kallendrusch antwortete, dass derzeit zwei Stellen für die Untere Naturschutzbehörde und jeweils eine weitere Stelle bei der Unteren Wasserbehörde und im Immissionsschutz beantragt wurden.

Herr Schön fragte, wie sich die Stellensituation im Bauordnungsamt darstelle.

Herr Marušić antwortete, dass dies kein Thema für den ULB sei, sondern in den APB gehöre.

Herr Tönjes sagte, er würde sich wünschen, dass er auch über die die nicht

wesentlichen Produkte informierte werde und im Zuge dessen ihm diese anhand einer Ansicht zur Verfügung gestellt würden.

Herr Müller sagte, es werde versucht der Bitte nachzukommen. Es handle sich bei der Übersicht aber um ein mehrere tausend Seiten umfassendes Dokument, welches sich nicht verschicken lasse. Man überlege derzeit, die Daten auf einen Server zu laden, um diese dann von dort abrufen zu können. Zurzeit gebe es in der Kernverwaltung zweihundertneunundfünfzig Produkte, davon sind achtundsiebzig als wesentlich gekennzeichnet.

5.4 Haushalt 2021 / 2022 – Teilhaushalt 37

Frau Kloster übergab das Wort an **Frau Kiani**. Diese stellte anschließend den Teilhaushalt 37 für die Haushaltsjahre 2021/2022 vor (siehe Anlage).

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Kriterien für Baumfällungen im Stadtgebiet (TBW/UNB)

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Pallaske**. Dieser stellte anschließend zusammen mit **Herrn Path** eine Präsentation vor (siehe Anlage).

Frau Heide fragte, ob es eine passable Lösung für das Dilemma im Kurpark gebe. Aufgrund von Krankheit hätten dort mehrere Bäume der Kastanienallee gefällt werden müssen, allerdings gibt es auch Bäume, die von der Krankheit verschont wurden. Man könne diese gesunden Bäume aber nicht einfach fällen und müsse somit bis zur Wiederherstellung eines Alleecharakters unbestimmte Zeit verstreichen lassen.

Herr Pallaske sagte, es gebe einen Pflege- und Entwicklungsplan für den Kurpark, der auf Aktualität zu prüfen und um Inhalte eines Parkpflegewerkes zu ergänzen sei (analog zum Stadtpark).

Aufgrund von Staunässe haben die Bäume im Kurpark aber zusätzliche Probleme, als Bäume an anderen Standorten im Stadtgebiet. Die Allee solle nichtsdestotrotz bereits in bestimmten Sektionen ertüchtigt werden. Man werde den erforderlichen Baumbedarf bereits jetzt komplett einkaufen, so dass Nachpflanzungen immer die gleiche Wachstumsstufe aufweisen, wenn ältere Bäume entnommen werden müssen.

Herr Kohlwes sagte, dass nicht nur im Kurpark ein Spannungsfeld zwischen Parkpflege, Denkmalschutz und Naturschutz entstehe. Bei jeder Maßnahme sei zu überlegen, wie diese Punkte gegeneinander abgewogen werden können. Bei der von Herrn Pallaske vorgestellten Lösung handle es sich um einen Kompromiss, bei dem ein einheitliches Bild hergestellt werden könne, ohne dafür gesunde Bäume zu fällen. Wichtig seien in diesem Zusammenhang vor allem ein gemeinsames Vorgehen und die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen. Man befinde sich aber auf einem guten Weg und wolle diesen auch zusammen fortsetzen.

Frau Kloster unterbrach die Sitzung für eine Pause.

Herr Pallaske sagte, dass die Mitarbeiter*innen von TBW Maßnahme nur mit äußerster Sorgfalt und Besonnenheit durchführen würden. Dabei fänden zudem insbesondere die Belange des Arten- und Naturschutzes Beachtung.

Herr Dr. Schulte sagte, dass in der Abwägung der Naturschutz im Vordergrund stehen solle. Zudem appellierte er zu überlegen, externe Unternehmen bei der Durchführung von Maßnahmen stärker zu überprüfen. Gerade im Zuge der zuletzt durchgeführten Maßnahmen halte er dies für geboten.

Herr Schön sagte, man könne überlegen externen Firmen einen Experten der Stadt zur Seite zu stellen, um die Einhaltung des Arten- und Naturschutzes zu gewährleisten. Zudem begrüße er es, dass Pflegemaßnahmen nun bereits im Vorfeld offen kommuniziert würden.

Herr Kohlwes sagte, von Seiten der unteren Naturschutzbehörde gebe es noch Erörterungsbedarf bezüglich einiger Pflegepraktiken. Es werde daran gearbeitet, jede durchgeführte Maßnahme den Bürger*innen vor Ort verständlich erläutern zu können.

6.2 Freizeitgärten am Grodendamm - Altlastensituation und Sanierungserfordernis

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Schmidt**. Dieser stellte die Altlastensituation vor (siehe Anlage).

Herr Marušić sagte, dass seit 2012 ein absoluter Paradigmenwechsel in der Stadt stattgefunden habe. GGS habe die Verantwortung übernommen, auch aktiv nach den Bodenbelastungen am Banter See zu suchen. Dies habe dazu geführt, dass bereits einige Sanierungsprojekte durchgeführt wurden.

Herr Heinemann fragte, weshalb so eine Untersuchung erst siebzig Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs durchgeführt worden sei.

Herr Schmidt antwortete, dass das Bodenschutzrecht ein junges Rechtsgebiet sei, welches erst in den Jahren 1998 und 1999 eingeführt wurde. Bis sich dies dann in der Praxis etabliert habe, seien zudem nochmal einige Jahre vergangen. Zusätzlich gebe es in Wilhelmshaven eine Vielzahl an kontaminationsverdächtigen Flächen. Diese gelte es nach und nach zu betrachten und dann gegebenenfalls zu sanieren.

Herr Schön fragte, wie nun das konkrete weitere Vorgehen aussehe.

Herr Schmidt erklärte, dass zunächst die Sanierungsziele zu definieren sind. Dabei würde die Frage geklärt, auf welche Nutzung hin saniert werden solle. Auf der Fläche gebe es allerdings auch bauordnungsrechtliche und planungsrechtliche Defizite, die noch im Vorfeld zu klären seien. Es folge eine Sammlungsphase innerhalb der Stadtverwaltung, in der alle Defizite der Fläche aufgelistet würden, so dass im Endeffekt eine vollständige Sanierung gewährleistet werden könne. Es sei

insgesamt ein Zeitfenster von wenigen Jahren für die Sanierungen angesetzt.

Herr Tönjes fragte, ob für die Sanierungen bereits Beträge im Haushalt vorgehalten seien.

Frau Groh antwortete, dass bereits vorsorglich Mittel im GGS-Wirtschaftsplan eingestellt wurden. Es stünden zwei Positionen mit jeweils 500.000 Euro zur Verfügung. Die Höhe des Budgetrahmens könne aber erst nach Festlegung des Sanierungsziels genauer bestimmt werden.

Weitere Mitteilungen und Anfragen

Die Vorsitzende **Frau Kloster** fragte die Mitglieder nach weiteren Mitteilungen und Anfragen.

Umspannwerk WHV 2 (Tennet)

Herr Dr. Schulte fragte, ob das Thema nicht auch für den ULB interessant sei.

Herr Marušić antwortete, dass man erst am Beginn der Standortfindung stehe und sich diesbezüglich noch in einem Abstimmungsprozess mit Tennet befinde. Sollte dieser dann weiter konkretisiert sein, werde dies natürlich auch im ULB vorgestellt.

Herr Dr. Schulte fragte, ob es ein Genehmigungsverfahren geben werde.

Herr Kohlwes bejahte dies. Tennet habe bereits Voruntersuchungen im Rahmen der Standortfindung durchgeführt, in die die Stadt allerdings nicht involviert gewesen sei. Es könnten dazu heute keine weiteren Auskünfte gegeben werden, aber generell sei das Thema natürlich für den ULB vorgesehen. Es stehe zudem auch noch kein genauer Zeitplan fest.

Herr Heinemann sagte, dass nach seinem Verständnis der Rat der Stadt über den Flächennutzungsplan in dieser Angelegenheit eine Mitwirkungsmöglichkeit besitze.

Sachstand Biosphärenreservat

Herr Dr. Schulte fragte, ob es Neuigkeiten zum Biosphärenreservat gebe.

Herr Marušić verneinte dies.

7 Öffentliche Anhörung

Entfiel, da kein Bürger ein Anliegen hatte.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:14 Uhr

